

Parteiwesen der Nachkriegszeit

1. SOWJETISCHE ZONE :

Die sowjet. Militäradministration (SMAD) befiehlt bereits Juni 1945 „Bildung und Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien“.

10.6.1945: Befehl Nr. 2 ergeht zur „Bildung und Tätigkeit antifaschistisch-demokratischen Parteien“. Sie unterstehen der Kontrolle der SMAD und ihre Tätigkeit hat ebenso wie die der Massenorganisationen „entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich zu gehen.“ Die Billigung der Programme und der Mitglieder war obligatorisch.

11.6.1945: Erste Parteigründung: Wilhelm Pieck führt die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), die sich zunächst ein demokratisches, gemäßigtes Programm gibt.

15.6.1945: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unter der Führung von Otto Grotewohl wird von der SMAD genehmigt.

Juni/Juli 1945: Mit der Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) entstehen die ersten bürgerlichen Parteien im Nachkriegsdeutschland.

14.7.1945: Auf Befehl der SMAD werden die vier Parteien zum „antifaschistisch-demokratischen Block“ zwangsweise zusammengeschlossen. in Haus-, Wohn- und Betriebsgemeinschaften organisiert. d

22.4.1946: Zwangsweise Verschmelzung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). 82% der SPD-Mitglieder aus Westberlin, die frei abstimmen können, lehnen die Gründung dieser Einheitspartei ab. Anfangs paritätisch besetzt, wurde die SED seit 1948 nach sowjetischem Muster zu einer leninistischen Partei mit straffer Führung umfunktioniert. Der politische Einfluß der SED wurde durch kommunistisch gelenkte „überparteiliche“ Massenorganisationen verstärkt: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), Freie Deutsche Jugend (FDJ), Gesellschaft für Sport und Technik (GST), Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), Deutscher Kulturbund (DKB) etc.

September: Gemeindevahlen

Oktober: Landtagswahlen. Die SED erreicht in keinem der fünf Länder die absolute Mehrheit.

Grundsätze und Ziele der SED, 1946:

Einheit der Arbeiterbewegung, Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien, freie und unteilbare deutsche Republik, Aufbau des Sozialismus, Aufbau der Wirtschaft nach Wirtschaftsplänen.

Vgl. hierzu die stets gleiche Sitzverteilung in der Volkskammer:

SED	110	FDGB	60
CDUD	45	DFD	30
LDPD	45	FDJ	35
NDPD	45	DKB	19
DBD	45		

2. WEST ZONE N : Lizenzierung demokratischer Parteien zuerst auf lokaler Ebene (Kreis-/Stadt-), dann auf Landes-, und schließlich auf Zonenebene. Maßgebend dabei die Erkenntnis, dass die Zersplitterung der Parteien in der Weimarer Republik wesentlich zu deren Untergang beigetragen hatte. Konsequenterweise schlossen sich Katholiken und Protestanten in einer Partei zusammen, vereinigten sich gewerkschaftlich orientierte Gruppen mit der SPD und fanden sich liberale Gruppen mit dem Ziel zusammen, Aufspaltungen liberaler Parteien wie seit dem 19. Jh. zu verhindern.

[Kleinere Parteien wie „Wirtschaftliche Aufbauvereinigung“, „Bayernpartei“, die später gegründete „Deutsche Partei“, die Vertriebenenpartei „Gesamtdeutscher Block/BHE“ verloren in den ersten Legislaturperioden nach Gründung der Bundesrepublik rasch an Bedeutung bzw. gingen in den größeren Parteien auf.]

SPD :

Führende Figur der ersten Nachkriegsjahre **Kurt Schumacher**, neben Carlo Schmid wichtigster und gedankenreichster Kopf in der von der britischen Zone her bestimmten Wiedegründungsphase der SPD. Wählerpotential: Arbeiter, darüber hinaus: ruiniertes Mittelstand, Entwurzelte/Flüchtlinge, Ausgebombte, Kriegsgeschädigte. Hierauf besondere Hoffnungen Schumachers gesetzt beim Ziel, die SPD über die traditionelle Arbeiterpartei hinaus zur **Volkspartei** zu erweitern.

Dennoch Klassenkampfgedanke stark betont.

Wirtschaftspolitik: Sozialismus, aber nicht im Sinn des im russischen Machtbereich sich abzeichnenden Ostblocksozialismus, sondern ein demokratischer Sozialismus mit

→ Verstaatlichung von **Großindustrie, Großbanken, Montanindustrie** u. Verkehrswesen; Aufsiedlung des Großgrundbesitzes, weitgehender Mitbestimmung (Wirtschaftsdemokratie) sowie

→ staatlicher Wirtschaftslenkung im Sinn einer **Globalsteuerung**, die in begrenztem Maß unternehmerische Freiheit und freien Markt zulässt;

aber **keine völlige staatliche gelenkte Planwirtschaft wie im östlichen Staatssozialismus.**

→ In diesem Sinn Schumachers immer wiederholte These: „Die Demokratie ist erst in einem sozialistischen Deutschland gesichert.“

→ Bei allem Sozialismus **scharf antikommunistisch**; absolute Distanzierung von der KPD, gegen Parteidiktatur nach russischem Vorbild, klares Bekenntnis zu Rechtsstaat und Demokratie,

→ scharfe Ablehnung der in der SBZ ablaufenden Vereinigungskampagne mit Ziel der SED-Gründung als Versuch, die zahlenmäßig unvergleichlich stärkere SPD zum 'Blutspender' für die KPD zu benutzen.

→ Auch aus **betont patriotischen** Gründen gegen die Sonderentwicklung in der SBZ; Gedanke der deutschen Nation, die nicht Fremdinteressen unterworfen werden dürfe (gegen die russisch-orientierte KPD/SED gerichtet).

□ CDU:

Gründungskreise katholische Zentrumspolitiker aus der WR sowie engagierte Protestanten, denen die SPD zu sehr klassenkämpferisch und z.T. marxistisch und die FDP zu kirchenfern war. Führend der frühere Zentrumspolitiker und OB von Köln **Konrad Adenauer** (später von 1949 bis 1963 Bundeskanzler).

→ Wichtig Schritt zur **überkonfessionellen** Partei;

V.a. **dadurch die vor 1933 besonders im Wählerspektrum rechts von der SPD vorherrschende Parteienzersplitterung überwunden** (→ **wesentliche Voraussetzung für die politische Stabilität der Bundesrepublik ab 1949!**).

→ **auf Grund der Erfahrungen des im Grunde atheistischen (sozialdarwinistisch-biologistischen) NS, aber auch des sowjetischen Totalitarismus Betonung eines christlich begründeten Begriffs von Person und Menschenwürde**; geistige Impulse sehr stark von der katholischen Naturrechtslehre, aber auch vom katholischen wie protestantischen Sozialdenken her;

→ **starke Betonung des Wertes der Familie**;

→ **föderalistischer** Staatsaufbau.

→ **wirtschaftliche Neuordnung auf Bedarfsdeckung des Volkes ausgerichtet**; → **Sozialbindung des Eigentums!**

Entflechtung der Konzerne; **Kartellgesetze** für Unternehmen von monopolartigem Charakter;

Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat (**Mitbestimmung!**);

→ **zunächst auch Ideen eines christlichen Sozialismus mit Vergesellschaftung der Montanindustrie sowie Planung und Lenkung (auch hier nur Globalsteuerung) der Wirtschaft je nach Lage.**

Also starke gemäßigt-sozialistische Elemente in der Gründerphase (v.a. im in diesem Zus.hang immer wieder zitierten Ahlener Programm von 1947)

→ **Jedoch ab 1949 unter Eindruck der Erfolge des marktwirtschaftlichen Konzepts** (seit Währungsreform, den Maßnahmen des Wirtschaftsrats in Frankfurt unter Ludwig Erhard und den Auswirkungen des Marshallplans) **Umorientierung der CDU zum marktwirtschaftlichen Konzept (im Sinn der von L. Erhard - 1949-63 Wirtschaftsminister - vertretenen Sozialen Marktwirtschaft** [hierzu Buch S. 106, M1!]).

□ CSU:

Ähnlich wie bei CDU – auch was die Distanz zu einem ungehemmten Wirtschaftsliberalismus, einem nicht sozial gebändigten, rein am Profitinteresse orientierten Kapitalismus anbetrifft.

Katholischer Flügel zurückgehend auf die BVP (Bayerische Volkspartei) der WR; **besondere Betonung des föderalistischen Prinzips** (z.B. 1949 im Bayer. Landtag, wo CSU absolute Mehrheit hatte, Ablehnung des Grundgesetzes, da zu wenig föderalistisch, unter der Formel „Nein zum GG, ja zu Deutschland“, dabei auch z.T. Konkurrenzbefürchtungen angesichts der neugegründeten Bayernpartei mitspielend).

□ FDP:

Aus früheren liberalen Gruppierungen wiederentstehend; sehr stark Gedanke der Selbstverwaltung, der **persönlichen Initiative** und des **freien Wettbewerbs** (also des **Wirtschaftsliberalismus**); nicht ohne soziale Töne (kein sozialer Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit und Macht, im Grund auch für Sozialbindung des Eigentums; wichtigster Grundwert: die Persönlichkeit; freie **Persönlichkeitsentfaltung** hat Priorität; daher gegen jeden „*Totalitätsanspruch nationalistischer, klerikaler oder sozialistischer Färbung*“.

„*Statt der Verstaatlichung des Menschen die Vermenschlichung des Staates*“. [Vorsitzender zunächst in der amerik. Zone, ab 1949 in der Bundesrepublik **Theodor Heuß**.]

□ **KPD**: Fixiert auf den Marxismus-Leninismus, den Klassenkampf und die revolutionäre Durchsetzung des Sozialismus; eng an die SED der SBZ bzw. der DDR angeschlossen, 1956 durch Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wegen Verfassungsfeindlichkeit verboten.

□ Ebenfalls durch Urteil des BVG verboten – 1952 - wurde eine 1949 gegründete **neonazistische** Partei („Sozialistische Reichspartei“) [Reste sammeln sich später 1964 in der rechtsextremen NPD.]